

Dr. Hannes Androsch

Arbeit im Wandel

**Arbeit und Psyche
Flexibilisierung der Arbeit**

Museum Industrielle Arbeitswelt Steyr

1. Mai 1998

Ein Gespenst geht heute um in Europa, das Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Es grassiert die Angst, dass der eigene Arbeitsplatz wegrationalisiert, wegfusioniert oder gar wegglobalisiert wird.

Es grassiert die Angst, dass der Einstieg beziehungsweise der Wiedereinstieg in das Berufsleben nicht oder nicht mehr möglich sein wird.

Es grassiert die Angst, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe.

Der Mangel an Arbeit hätte in der Antike keinen gestört, solange ein gewisses Einkommen für das Nötigste – und möglichst noch etwas darüber hinaus – gesichert war. Die großen griechischen Philosophen, Platon und Aristoteles, aber auch Xenophon, haben beispielsweise das Handwerk geradezu verachtet. Man schätzte in der antiken Lebenswelt zwar die Produkte und das damit verbundene Können, aber das Leben eines Handwerkers fand man keines freien Mannes würdig. Die Arbeit war damals auch weithin Sache von Sklaven. Politisch pflegte man sich um die Arbeit kaum Sorgen zu machen. Arbeitskräfte gab es in der Regel genug.

Unsere heutige Arbeitsauffassung und unser heutiges Arbeits- und Leistungsethos hat die Wurzeln daher nicht in der Antike, sondern knüpft an die christliche Lehre und die Traditionen im Mönchtum an. Die Ordensregel der Benediktiner lautet bekanntlich „ora et labora“. Die Wichtigkeit jedes Berufes wurde zuerst von Martin Luther und in weiterer Folge vor allem von den Calvinisten betont und hervorgehoben. Allmählich entwickelte sich ein Arbeits- und Leistungsethos, das die gesamte Gesellschaft durchdrang. Beginnend im 17. und dann vor

allem im 18., aber in vieler Hinsicht erst im 19. Jahrhundert rückte die Arbeit in den Mittelpunkt des Lebens. Die Arbeit wurde immer mehr auch als wichtigstes Feld menschlicher Bewährung und als Daseinserfüllung verstanden. Der Beruf wurde zu einem wesentlichen Teil der eigenen Identität.

Der Entwicklung zu unserer heutigen Arbeitsgesellschaft ging ein langwieriger und konfliktträchtiger, viele Generationen umfassender Prozess voran, in dem auch so manches selbst für uns heute noch lehrreiche Exempel statuiert worden ist.

Vor 150 Jahren, als von England und Frankreich ausgehend der Industriekapitalismus längst seinen globalen Siegeszug angetreten hatte, kämpfte nicht nur das liberale Bürgertum unter der Losung „Freiheit und Einheit“ gegen die letzten Bastionen der alten feudalen und ständestaatlichen Ordnung. Es keimte auch das erste soziale Selbstbewusstsein einer sich gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse heran, die außer der alten Forderung nach „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ auch ein Recht auf Arbeit einforderte.

In Schlesien revoltierten 1844 die Weber. 1847 kam es in vielen deutschen und belgischen Städten zu Hungerunruhen und in Italien und der Schweiz traten bürgerliche Kräfte mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit. In Frankreich wurde im Februar 1848 die Monarchie durch einen Volksaufstand gestürzt, eine Republik „im Namen des Volkes errichtet“ und zum ersten Mal das „Recht auf Arbeit“ proklamiert. Die Februarrevolution in Frankreich war das Signal für eine Revolutionswelle, die Europa erschütterte. Der Nährboden für diese Entwicklung bildete neben Missernten und ersten industriellen Absatzkrisen vor allem das verkrustete politische und wirtschaftliche Ordnungssystem das den Erfordernissen der Zeit nicht mehr genügte. In Koinzidenz damit bewirkte der mit der Industrialisierung einhergehende ungeheure Strukturwandel, dass zunächst alte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in den Manufakturen schneller vernichtet wurden als neue Arbeitsplätze in den Fabriken und im Handel entstanden sind.

Es hätte im Übrigen auch damals nicht viel genutzt, wenn man den Mangel an Arbeit „gerecht umverteilt“ und statt einem 4 Bauern auf den Acker gestellt oder statt einem 4 Weber vor den Webstuhl gesetzt hätte.

Vor rund 150 Jahren bewirkten der technische Fortschritt, effizientere Produktionstechniken und neue Verkehrsmittel einen Globalisierungsschub der Wirtschaft. Heute sind es die neuen

Kommunikations- und Informationstechnologien, die uns vor die Unausweichlichkeit eines ebenso weitreichenden Strukturwandels stellen. Nur wird heute das Menetekel an die Wand gemalt, das Chips und Roboter die Arbeitsplätze gleichsam auffressen würden. Nicht nur das „Ende der Geschichte“, sondern auch das Ende des Zeitalters der Erwerbsgesellschaft wird prophezeit.

Die Behauptung, wirtschaftlicher und technischer Fortschritt sei mit Arbeitslosigkeit verbunden, ist also mindestens so alt wie die Industrialisierung. Es ist unbestritten, dass der technische Fortschritt die Produktivität bestimmter Tätigkeiten erhöht und dort den Bedarf an Arbeitskräften reduziert. Aber – und dieser Aspekt wird allzu oft außer acht gelassen -, gleichzeitig schafft der technische Fortschritt auch einen enormen Bedarf an Arbeitskräften in neuen Branchen und neuen Tätigkeiten und schafft damit Wohlstand und zusätzliche Nachfrage. Wie fragwürdig die These von der Arbeitsplatzvernichtung durch den technischen Fortschritt ist, lässt sich auch an folgendem Vergleich aufzeigen: Es gibt unter den modernen Volkswirtschaften solche mit 12 Prozent Arbeitslosigkeit und solche mit 3 Prozent. Diese Differenz lässt sich aber nicht mit dem technischen Fortschritt erklären.

Ein weiteres Argument, mit dem mit einer gewissen Automatik die These vom arbeitsplatzvernichtenden technischen Fortschritt verknüpft ist, ist jenes der Sättigung der Bedürfnisse. Der amerikanische Ökonom Paul Krugman, der die Dinge ohne Umschweife beim Namen zu nennen pflegt, hält diese These für schlichtweg dümmlich. Nachfrage an sich kennt keine Grenzen. Diese Feststellung schließt eine Bewertung und Legitimierung der Nachfrage nach einzelnen Gütern oder Dienstleistungen nach ihrer ökologischen und/oder humanen Verträglichkeit selbstverständlich nicht aus. Das allgegenwärtige Bestreben nach der Verbesserung der eigenen Einkommenssituation ist jedenfalls Beweis dafür, dass von keinem Sättigungspunkt ausgegangen werden kann.

Ungeachtet dieser Fakten schwört man sich in der öffentlichen Diskussion aber nur zu gerne auf das vermeintlich bevorstehende Ende der Erwerbsgesellschaft ein. Diese hoffnungs- und perspektivenlose Sichtweise wird von einer zunehmenden Zahl von thematisch einschlägigen „Sachbüchern“ geschürt, die sich in apokalyptischen Domsday-Prophezeihungen ergehen. Aus der Sichtweise der „Optimisten“ gehen wir einer zwei Drittel-Gesellschaft entgegen, während die Pessimisten der ein Fünftel-Gesellschaft das Wort reden, in der nur mehr ein Fünftel der Bevölkerung Arbeit haben wird.

In der Tat scheinen jedenfalls im westlichen Europa die hartnäckig hohen und weiterhin ansteigenden Zahlen der Beschäftigungslosen diese These zu bestätigen. Sie beinhaltet aber keinen Erklärungsansatz für die rasante Zunahme der Schattenwirtschaft oder den Mangel an Arbeitskräften in vielen Wirtschaftssektoren. Es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, wie schwierig es etwa ist, kurzfristig einen Handwerker für eine Reparatur in Haus oder Garten aufzutreiben, oder dass es fast keine Tankstellen mehr gibt, die ein umfassendes technisches Service anbieten. So scheitert auch der Wunsch eines älteren Menschen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Wien aus in das Salzkammergut auf Kur zu fahren oft bereits an dem Umstand der mühseligen Beförderung des Gepäcks, für das kein Personal mehr zur Verfügung steht. Die Verbringung des Gepäcks in und aus dem Zug, noch dazu mit mehrmaligem Umsteigen, wird dann zu einem Ding der Unmöglichkeit. Ein noch viel plastischeres Beispiel für die Infragestellung der These, dass die Arbeit aufgrund der technologischen Entwicklung zu einer Mangelware wird, ist der Umstand, dass etwa die Vereinigten Staaten einen rasanten Abstieg der Gesamtbeschäftigung zu verzeichnen haben.

In den letzten fünfzehn Jahren ist in den USA die Beschäftigung um 25% angestiegen. Der entsprechende Zuwachs in Europa betraf in diesem Zeitraum nicht einmal 2%. Man darf sich daher nicht wundern, dass die Differenzposition in einer gestiegenen Arbeitslosigkeit, von der mittlerweile mehr als 18 Mio. Menschen betroffen sind, zu finden ist. In den USA wurden zwischen 1970 und 1994 47 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen, nachdem der Verlust von etwa 30 Mio. obsolet gewordenen Arbeitsplätzen verkraftet worden war. Im gleichen Zeitraum, also zwischen 1970 und 1994, wurden in der EU mit einer um immerhin etwa 50% größeren Bevölkerung lediglich 5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Besonders problematisch ist jedoch die Tatsache, dass hiervon 7 Mio. Arbeitsplätze durch den Staat geschaffen wurden und in der Privatwirtschaft 2 Mio. verloren gingen.

In den Jahren 1995, 1996 und 1997 wurden in den USA monatlich zwischen 200.000 und 300.000 Arbeitsplätzen geschaffen, das sind 2-3 Mio. pro Jahr. In der EU wurden hingegen wenige oder gar keine neuen Arbeitsplätze registriert. Diese Zahlen sprechen für sich! Das gerne verwendete Argument, dass in den Vereinigten Staaten nur „working poor-Arbeitsplätze“ hinzugekommen sind, ist nicht stichhaltig. Zwei Drittel davon sind als höchst- und hochwertig anzusehen. Viele davon befinden sich im Hochtechnologiesektor.

Angesichts der Diskussion zum Thema „Arbeitslosigkeit“ stellt sich natürlich auch die Frage nach der definitorischen Ausgangslage und der statistischen Erfassungsmethode sowie der

damit verbundenen empirischen Aussagekraft. Diese Feststellung ist auch für die Art der Berechnung der Inflation oder des wirtschaftlichen Wachstums zutreffend. Die entsprechenden Daten geben die Realität nur ungenügend wieder. Die Inflation wird überzeichnet – wir haben inzwischen eine zumindest schleichende Deflation-, während das Wachstum unterzeichnet wird. So wird beispielsweise das Wissen und das Know-how eines Bill Gates in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur ungenügend berücksichtigt.

Was die Berechnung der Arbeitslosigkeit betrifft, so wird diese wiederum länderweise sehr unterschiedlich gehandhabt. Wenn man beispielsweise die in der EU angewandte Statistikmethode mit der in Österreich gängigen Methode vergleicht, so weichen die Ergebnisse voneinander um 50% ab. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Ermittlungsmethoden immer wieder geändert werden. GB sollen diese seit Beginn der Regierung Thatcher inzwischen 59 Mal verändert worden sein. Diese Praxis wird auch in anderen Ländern geübt. Versuche, Statistiken zu schönen, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich zumindest auf dem europäischen Arbeitsmarkt die Lage dramatisch verschlechtert hat. Stellvertretend für viele Länder sei hier nur die Schweiz erwähnt. 200.000 Beschäftigungslose in diesem Land, was gut 5% der Erwerbsbevölkerung entspricht, sind noch vor 10 oder 15 Jahren unvorstellbare Größen gewesen.

Realistischerweise sollte im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Problemanalyse der Arbeitsmarktlage auch das Verhältnis der Arbeitslosenquote zur Erwerbsquote berücksichtigt werden. Letztere Quote berücksichtigt die Zahl der Beschäftigten innerhalb eines bestimmten Altersspectrum, dem „working-force-age“, das zwischen 15 und 65 Jahren liegt. In den Vereinigten Staaten, in Japan, aber auch in Dänemark liegt die Erwerbsquote bei 75%, in Italien bei 51% und in Spanien bei 48%. In Österreich beträgt die Erwerbsquote 68%. Während sich das Ergebnis für Italien durch den hohen Anteil der „Schattenwirtschaft“ relativieren lässt, ist das österreichische Ergebnis mit der Einschränkung zu betrachten, dass ein noch zu großer Teil der Beschäftigten – sagen wir es wohlwollend – im geschützten Sektor bzw. in der öffentlichen Verwaltung tätig ist, wo grundsätzlich in vielen Bereichen ein geringerer Leistungsbetrag unterstellt werden kann als im exponierten Wettbewerbssektor.

Aus der Zusammenschau des eben Gesagten ergibt sich, dass eine präzise objektive Analyse der Problematik Arbeitslosigkeit, die wiederum Grundlage für einen objektiven diagnostischen Befund ist, kein leichtes Unterfangen ist. Ohne brauchbare Analyse ist es schwer, die richtige

Diagnose zu finden. Umgekehrt bedarf eine Diagnose aber auch einer klar umrissenen Soll-Vorgabe.

Das Idealbild der Vollbeschäftigung erweist sich bei näherer Betrachtung als ein vielschichtiges Rasterbild. Sir William Henry Beveridge, der englische Sozialpolitiker, der zusammen mit Sir Winston Churchill die englischen Arbeitsämter begründet hat, hat einer Volkswirtschaft dann Vollbeschäftigung bescheinigt, wenn die Arbeitslosenrate die 3%-Grenze nicht übersteigt. In den OECD-Staaten sind heute rund 35 Mio. Menschen oder 7,5% der Erwerbsbevölkerung arbeitslos. Allein in der EU sind 18,5 Mio. Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen, was eine Prozentrate gegen 11,5% entspricht. In Österreich betrug im Februar des heurigen Jahres die saisonbereinigte Arbeitslosenquote 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat bzw. 7,15 der unselbstständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsamtsstatistik. Im Durchschnitt der EU-Staaten wird mittlerweile eine Arbeitslosenrate von mehr als 10% erreicht. In den USA, wo die allerdings mit einer anderen statistischen Methode berechnete Arbeitslosenquote derzeit etwa 4,5% beträgt, wird demgegenüber in vielen Industriezweigen ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften beklagt und mittlerweile vor den volkswirtschaftlichen Negativfolgen einer Überbeschäftigung gewarnt.

Wenn man von der zahlen- und prozentmäßigen Definition eines volkswirtschaftlichen Aggregatzustandes für Vollbeschäftigung absieht, dann könnte man folgende beschäftigungspolitische Zielsetzung formulieren: „The natural urge of most people is to want to work. It provides them with interest, fulfilment and self-esteem. It enables them to enjoy the dignity of supporting themselves and their families“. Diese Definition macht deutlich, dass Arbeit nicht nur eine ökonomische Größe, sondern auch eine wertbesetzte ist. Demgemäß ist eine der prioritären wirtschaftspolitischen Aufgaben, es zu ermöglichen, dass jede Person, die arbeiten will und kann, dazu auch die Möglichkeit erhält. Und dies ist im heutigen Europa, zumindest im kontinentalen Europa, gegenwärtig nicht der Fall, obwohl es genug Arbeit gibt, wenn auch nicht an jedem Ort und nicht zu jedem Höhepunkt und nicht zu jeder von Arbeitnehmerseite gewünschten Lohnhöhe. Das Angebot der Arbeit stimmt darüber hinaus auch nicht immer mit der nachgefragten Qualifikation überein.

An diesen Befund anknüpfend stellt sich unter Zugrundelegung der Wertigkeit von Arbeit an sich die Frage nach Lösungsansätzen für die gegenwärtige prekäre Arbeitsmarktsituation. Pessimistische, zu Angst und Lethargie führende Zukunftsdeutungen, die den Abgrund beschreiben, an dessen Rand wir uns angeblich bewegen, sind dafür sicherlich nicht der richtige

Weg. Die von Hannah Arendt in ihrem Buch „Vita activa“ bereits 1958 angesprochene „Aussicht auf eine Arbeitsgemeinschaft, der die Arbeit ausgegangen ist“, ist mittlerweile zum Sujet einer eigenen Literaturgattung geworden. Viele diese Bücher, zu deren bekanntesten Autoren Hans-Peter Martin, Harald Schumann, John R. Saul, Viviane Forrester oder Jeremy Rifkin zählen, sind innerhalb kürzester Zeit zu Bestsellern avanciert.

Auch das vor 150 Jahren erschienene kommunistische Manifest von Marx und Engels scheint wieder eine brandaktuelle Lektüre geworden sein. Den ersten Satz dieser Schrift, die laut Umberto Eco ein „Meisterwerk“ der politischen Rhetorik ist, habe ich, wie Ihnen sicher nicht entgangen ist, in zeitgemäßer Abwandlung meinem Referat vorangestellt. Es ist sicherlich ein Paradoxon unserer Zeit, dass die Schriften von Marx zugleich „in“ und „out“ sind. Sie sind „out“ weil seine Rezepte versagt haben und der bolschewistische Versuch, im Gleichheitsprozess den Kapitalismus zu umfahren und zu überholen, schlimm gescheitert ist. Bezüglich der Kapitalismuskritik ist Marx aber plötzlich wieder salonfähig geworden. Dieser Blickwinkel der Betrachtung ist auch Ausdruck von Hilflosigkeit und Orientierungslosigkeit. Diese rührt wohl auch daher, dass wir die Probleme des kommenden Jahrhunderts stets nur durch die Brille der Vergangenheit sehen. Die Fixierung auf den Blick zurück verstellt aber die Sicht auf die neuen Chancen und Möglichkeiten, die mit den neuen technologischen Entwicklungen verbunden sind. Es gilt daher, sich vermehrt auch mit den positiven Perspektiven der neuen Ausgestaltung unserer Lebens- und Arbeitswelten zu befassen. Dieses Themenfeld ist mit einer der integralen Aufgaben einer zukunftsgerichteten europäischen Wirtschaftspolitik.

Die europäische Integration fußt auf der Verankerung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion. Für die Errichtung letzterer wurden zwischenzeitlich auf Grundlage der Maastricht-Verträge die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Dieses Projekt kann, abgesehen von allfälligen technischen Umsetzungsproblemen, als geklärt betrachtet werden. Die Zielsetzung der Errichtung einer europäischen Wirtschaftsunion muss aber auch die Aufgabenstellung der Schaffung einer Beschäftigungsunion zum Inhalt haben, wenn das gemeinsame Haus Europa zu dessen Tragemauern die nachhaltige Akzeptanz seiner Bürger zählt, Bestand haben sollte.

Arbeit ist genug vorhanden und wird auch in Zukunft nicht ausgehen. Diese These trifft aber nur dann zu, wenn erkannt wird, dass die derzeitige Arbeitslosigkeit nicht mehr ausschließlich mit dem Konjunkturverlauf in Verbindung gebracht werden kann, sondern auch als ein mit dem

Wandel vom Industrie- zum Informationszeitalter verbundenes Strukturproblem zu betrachten ist. Diesem Veränderungsprozess und den damit verbundenen notwendigen Umstellungen wird aber noch viel zu wenig Rechnung getragen. Ein immenser Reformstau ist die Folge.

Dieser kann nicht nur bei uns in Österreich, sondern in fast ganz Kontinentaleuropa festgestellt werden. Ausnahmen von diesem Befund bilden die Niederlande, Großbritannien und Schweden. In diesen Ländern hat man mit gutem Erfolg mit dem Abbau kontraproduktiver bürokratischer Hürden und nicht mehr zeitgemäßer sozialer Schutzbestimmungen begonnen. Vor allem im Sozialbereich haben viele der ursprünglich in bester Absicht geschaffenen Bestimmungen mittlerweile die gegenteiligen Folgewirkungen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf das Beispiel der Lehrlingsausbildung verweisen. In früheren Zeiten musste für die Lehre Lehrgeld bezahlt werden, und es war leider auch durchaus üblich, dass die in Ausbildung stehenden jungen Menschen ausgebeutet worden sind. Zum Zweck der Verbesserung der Lehrlingsausbildung sind mittlerweile so zahlreiche Schutzbestimmungen geschaffen und eine so hohe Lehrlingsentschädigung tarifvertraglich festgelegt worden, dass viele Unternehmen kostenbedingt nicht mehr in der Lage sind, Lehrlinge auszubilden. Dies ist nicht nur für viele Jugendliche und ihre Familien, sondern für die gesamte Gesellschaft eine Katastrophe. Denn, provokant gesagt, es ist besser in die Ausbildung der jungen Menschen zu investieren als später für die Kosten für zusätzliche Gefängnisse aufkommen zu müssen. Auch der Langzeitarbeitslosigkeit von älteren unselbstständig Tätigen liegt häufig nicht ein Mangel an Qualifikation, sondern die Prohibitivwirkung der Schutzbestimmungen für ältere Arbeitnehmer zugrunde, die eine Inflexibilisierung für die Unternehmen zur Folge haben. Ähnliche Beispiele ließen sich ebenso wie bürokratische Stauschwellen zu Lasten der Beschäftigung noch sonder Zahl finden.

Die dringend gebotene Reformflut muss jedenfalls folgenden Maßnahmenkatalog beinhalten:

❖ **Nachhaltig wirksame Reform des Sozialsystems**

Der Wohlfahrtsstaat gilt zu Recht als einer der größten Errungenschaften unseres ansonsten über weite Strecken blutigen und grausamen Jahrhunderts. Nunmehr ist das soziale System durch Überforderung und in vielen Fällen wegen Überdosis in Gefahr geraten. Eine Reform an Kopf und Gliedern ist dringend geboten! Den vier vom amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt 1941 genannten Grundpfeilern einer humanen Gesellschaftsordnung – die Freiheit der Rede und der Religion sowie die Freiheit von Furcht und von Not-, muss weiterhin Rechnung getragen werden. Gleichzeitig muss aber das Prinzip eines möglich hohen Maßes an

Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Eigenvorsorge Priorität haben.

Als eiserne Regel muss jedenfalls gelten, dass das, was aus guten Gründen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit verteilt werden sollte, immer zuvor erst erwirtschaftet werden muss. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff „sozial“ eine Neudefinition erfahren müssen. Der Staat übernimmt sich, wenn er stets selber handelt. Er muss vielmehr Rahmenbedingungen setzen, die soziales Verhalten, Hilfsbereitschaft und Freiwilligkeit viel stärker als bisher belohnen.

❖ **Entbürokratisierung**

Die öffentliche Verwaltung muss um vieles schlanker werden, das Sozialwesen entbürokratisiert, die Gesetzesflut eingedämmt, der Verwaltungsdschungel geleichtert und das monströse Arbeitsrecht vereinfacht werden. Der oft endlos lange Behördengang vor der Gründung neuer Firmen muss deutlich abgekürzt werden.

❖ **Neue Weichenstellung in der Arbeitsmarktpolitik**

Eine Festsetzung von Mindestlöhnen – so sozial verständlich sie sein mag -, die bewirkt, dass Arbeitskräfte ohne Berufserfahrung oder mit geringer Qualifikation durch die übermäßige Verteuerung ihrer Arbeit aus dem Erwerbsprozess ausgegrenzt werden, wirkt sich für eine offensive Arbeitsmarktpolitik ebenso kontraproduktiv aus wie zu geringe finanzielle Anreize zur Erwerbsaufnahme im Falle von Arbeitslosigkeit. Das gleiche gilt für einen Lohnsetzungsmechanismus, bei dem die Reallohnentwicklung den Knappheitsverhältnissen am Arbeitsmarkt nicht Rechnung trägt oder Kündigungsschutzbestimmung, die bewirken, dass Unternehmen auf eine Belebung der Nachfrage eher mit vermehrten Überstunden oder längeren Lieferfristen anstelle von Neueinstellungen reagieren.

Arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen müssen daher unter Bezugnahme auf die geänderten wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen auf ihre Nutzeneffekte hin überprüft und gegebenenfalls adaptiert werden. So wird bei der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsprozess von vielen Staaten mittlerweile mit einer Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln beziehungsweise mit Arbeitsbeschaffungsmodellen im Dienste der Gemeinschaft reagiert.

❖ **Flexibilisierung der Arbeitszeit**

Traditionelle Arbeitsmodelle schränken sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer unnötige ein. Ungewohnte, flexible Arbeitsformen sind daher zu fördern und nicht zu behindern.

❖ **Bildungswesen**

Im gesamten Bildungswesen müssen die neuen technologischen Erfordernisse und die damit verbundenen Notwendigkeiten Berücksichtigung finden. Die kurze Halbwertszeit des Wissens und die zunehmende Globalisierung stellen enorme Anforderungen an die Lernfähigkeit von Arbeitskräften. Trotz Fortschritten im bildungspolitischen Bereich, wie etwa durch die Einführung von Fachhochschulen, öffnet sich nicht nur in Österreich die Schere zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationen. Gefordert sind namentlich die Aktualisierung von Ausbildungsplänen in Lehrberufen, eine Straffung und stärker arbeitsmarktorientierte Ausrichtung der Hochschulausbildung sowie Anreize zur laufenden Weiterbildung. Insbesondere die Aus- und Weiterbildung in Sektoren mit hohem Zukunftspotential ist massiv zu forcieren. Dasselbe gilt für Forschung und Entwicklung.

Tatsache ist, dass seit der industriellen Revolution, die einen unglaublichen Sprung bei der Generierung von Wohlstand gebracht hat, nicht trotz, sondern wegen des technologischen Fortschrittes langfristig gesehen die Gesamtbeschäftigten in den Industriestaaten zugenommen hat. Und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies nicht auch weiterhin der Fall sein wird. Allerdings werden die Berufs- und Lebenswelten des Informationszeitalters, andere sein als die des Industriezeitalters. So wird ein gut bezahlter, mit allen sozialen Anrechten versehender Beruf auf Lebenszeit in Hinkunft bald nicht mehr dem Normalarbeitsverhältnis entsprechen. In der differenzierten und vernetzten Arbeitswelt von morgen haben die früheren vorgefertigten Karrieremuster, die beamtenhaften Lebensstellungen und die starren Berufsbilder ausgedient. Die Arbeit wird vielmehr einem dynamischen Flexibilisierungsprozess unterliegen. In jenen Unternehmen und Branchen, die sich auf den internationalen Märkten behaupten müssen, ist diese Entwicklung inzwischen schon deutlich spürbar geworden. Zahlreiche neue Modelle für die Regelung der Arbeitszeit und der Flexibilisierung des Arbeitsplatzes sind ebenso Vorboten dieses Trends, wie auch die innerhalb von Firmen zunehmend geübte Praxis, unternehmerische Funktionen mehr und mehr an den einzelnen Arbeitsplatz zu verlagern.

Bill Gates ist das Symbol der neuen Zeit. Die Kombination von Ausbildung, Erfahrung und Wissen entwickelt sich zum wichtigsten Produktionsmittel. Benötigte man früher für die Umsetzung neuer Ideen Kapital, so wird heute von Fonds-Managern und anderen Anlegern

ständig nach neuen Ideen gesucht, die das verwaltete Kapital vermehren. Die global einsetzbaren Informationstechniken, die Vernetzung menschlicher Intelligenz durch Daten-Highways schaffen ein neues Wirtschaftsumfeld, in dem einzelne Menschen und Unternehmen Wohlstand durch Wissen unter Einsatz von Kapital schaffen. Der damit verbundene Anpassungsprozess wird viele Umstellungen erforderlich machen. Nicht alle werden sich auf der Gewinnerseite wiederfinden. Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft wird, wie Ralf Dahrendorf mit Recht meint, daher weitgehend davon abhängen, inwieweit es gelingen wird, ökonomische Effizienz mit gesellschaftlicher Solidarität auf der Grundlage demokratisch freiheitlicher Bedingungen zu verbinden. Nur wenn wir die Herausforderungen der Globalisierung annehmen und bestmöglich zu nutzen versuchen, wird die Zielsetzung, unseren Wohlstand zu sichern und auszubauen und gleichzeitig ein hohes Beschäftigungsziel zu erreichen, nicht Wunschtraum, sondern Realität werden. Antoine de Saint-Exupéry hat einmal gemeint: „Die Zukunft soll man nicht vorausahnen wollen, sondern möglich machen.“ In diesem Sinne sind wir alle zum Handeln aufgerufen.